

Inhaltsverzeichnis

Die Autoren	V
Vorwort zur 4. Auflage	VII
Abkürzungsverzeichnis	XVII

Teil A Erbschaftsteuer 1

1. Der lange Weg zum geltenden Recht – nach der Reform ist vor der Reform	1
1.1 Der erste Beschluss des Bundesverfassungsgerichts von 1995	1
1.2 Der zweite Beschluss des Bundesverfassungsgerichts von 2006	2
1.2.1 Das Vorlageverfahren	3
1.2.2 Die Gründe für die Verfassungswidrigkeit	3
1.2.2.1 Verfassungswidrige Bewertung des Betriebsvermögens	4
1.2.2.2 Verfassungswidrige Bewertung von Anteilen an Kapitalgesellschaften.	4
1.2.2.3 Verfassungswidrige Bewertung des Grundvermögens	6
1.2.2.4 Verfassungswidrige Bewertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens	8
1.2.3 Frist zur Reform des Bewertungs- und Erbschaftsteuerrechts und Umsetzung.	8
1.2.4 Die Vorgaben des Gerichts für eine verfassungskonforme Regelung.	8
1.2.4.1 Vorgaben für die Besteuerung des Betriebsvermögens	8
1.2.4.2 Vorgaben für die Besteuerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften.	9
1.2.4.3 Vorgaben für die Besteuerung von Grundvermögen.	9
1.2.4.4 Vorgaben für die Besteuerung von land- und forstwirtschaftlichem Vermögen.	9
1.3 Neuregelungen 2006 entsprechen auch nicht verfassungsrechtlichen Vorgaben – die dritte Entscheidung des BVerfG von 2014	9
1.3.1 Frühzeitige Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit.	9
1.3.2 Die Zweifel des BFH	10
1.3.3 Das Urteil des BVerfG vom 17.12.2014.	12
1.3.3.1 Die wesentlichen Aspekte der Verfassungswidrigkeit.	12
1.3.3.2 Die Gründe für die Verfassungswidrigkeit	12
1.3.3.3 Das Vorlageverfahren	13
1.3.3.4 Die wesentlichen Entscheidungsgründe	13
1.3.3.5 Weitergehende Stellungnahme von Richtern des BVerfG.	17
1.4 Der „kurze“ Weg zur Neuregelung.	17
2. Grundlagen des Erbrechts.	18
2.1 Grundregelungen des Erbrechts	18
2.1.1 Erbrecht als Teil des Privatrechts	18
2.1.2 Personen und Erbschaft	19
2.2 Gesetzliche Erbfolge.	19
2.2.1 Erbrecht von Verwandten.	20
2.2.2 Ehegattenerbrecht	23
2.2.3 Gesetzliches Erbrecht des Lebenspartners	26
2.2.4 Das gesetzliche Erbrecht des nichtehelichen Kindes	26
2.2.5 Gesetzliches Erbrecht des Staates.	26
2.3 Gewillkürte Erbfolge	27
2.3.1 Testament.	28
2.3.2 Erbvertrag	32
2.3.3 Nichtigkeit und Unwirksamkeit	33

2.4	Ausschluss von der Erbfolge	33
2.4.1	Enterbung	33
2.4.2	Erbunwürdigkeit	33
2.4.3	Erbverzicht	34
2.4.4	Ausschlagung	34
2.5	Erbeinsetzung	34
2.5.1	Erbe und Vermächtnisnehmer	34
2.5.2	Erbeinsetzung nach Bruchteilen	35
2.5.3	Ersatzerbe	36
2.5.4	Vor- und Nacherbe	36
2.5.5	Testamentsvollstreckung	37
2.6	Vermächtnis und Auflage	37
2.6.1	Vermächtnis	37
2.6.2	Auflage	37
2.7	Pflichtteilsrecht	38
2.8	Erbenhaftung	40
2.9	Die Erbengemeinschaft	41
2.10	Erbschafts Kauf	42
2.11	Schutz des Erben und Rechtsverkehrs	42
2.11.1	Erbschaftsanspruch	42
2.11.2	Erbschein	43
3.	Erbschaft- und Schenkungsteuer	45
3.1	Zusammenhang zwischen Erbschaftsteuergesetz und Bewertungsgesetz	45
3.2	Erbschaftsteuer als Erbanfallsteuer	47
3.2.1	Erwerb von Todes wegen nach § 3 ErbStG	47
3.2.2	Schenkung unter Lebenden nach § 7 ErbStG	48
3.2.3	Zweckzuwendungen nach § 8 ErbStG	48
3.2.4	Vermögen einer Familienstiftung(-vereins)	48
3.3	Erwerb von Todes wegen	49
3.3.1	Erwerb durch Erbanfall, durch Vermächtnis, aufgrund eines geltend gemachten Pflichtteilsanspruchs	50
3.3.1.1	Erbanfall	50
3.3.1.2	Vermächtnis	55
3.3.1.3	Geltend gemachter Pflichtteilsanspruch	56
3.3.2	Erwerb durch Schenkung auf den Todesfall	57
3.3.2.1	Grundlagen des Erwerbs durch Schenkung auf den Todesfall	57
3.3.2.2	Schenkung auf den Todesfall bei Ausscheiden eines Gesellschafters	57
3.3.2.3	Abgrenzung der Nachfolgeregelungen bei Gesellschaften	58
3.3.3	Sonstige Erwerbe gem. § 3 Abs. 1 Nr. 3 ErbStG	59
3.3.4	Erwerb eines Dritten aufgrund eines vom Erblasser zu seinen Gunsten geschlossenen Vertrags	59
3.3.5	Die Ergänzungstatbestände	61
3.4	Schenkung unter Lebenden	62
3.4.1	Freigebiges Zuwendung unter Lebenden	63
3.4.1.1	Gemischte Schenkung und Schenkung unter Leistungsaufgabe	65
3.4.1.2	Schenkung unter Nutzungs- oder Duldungsaufgabe	68
3.4.1.3	Nießbrauch	68
3.4.1.4	Schenkung unter Vorbehalt eines Wohnrechts	70
3.4.1.5	Schenkung unter Widerrufsvorbehalt	70

3.4.1.6	Schenkungen unter Beteiligung von Kapitalgesellschaften	70
3.4.1.7	Mittelbare Grundstücksschenkungen	73
3.4.1.8	Steuerersparnisse durch Einbeziehung mehrerer Generationen	75
3.4.2	Die weiteren Schenkungstatbestände und ergänzende Hinweise	77
3.5	Persönliche Steuerpflicht	79
3.5.1	Unbeschränkte persönliche Steuerpflicht.	80
3.5.2	Beschränkte persönliche Steuerpflicht	82
3.5.3	Ehemaliges Wahlrecht zur unbeschränkten Steuerpflicht nach § 2 Abs. 3 ErbStG (aufgehoben 2017)	84
3.5.4	Besteuerung des Vermögensanfalls in Abhängigkeit zur Steuerpflicht	86
3.6	Güterrechtsabhängige Regelungen	87
3.6.1	Fortgesetzte Gütergemeinschaft.	87
3.6.2	Sonderregelung bei Zugewinnngemeinschaft	88
3.7	Vor- und Nacherbschaft	90
3.8	Steuerentstehung und Bewertungsstichtag	92
3.9	Ermittlung des steuerpflichtigen Erwerbs und Bewertung	93
3.9.1	Ermittlung des steuerpflichtigen Erwerbs	93
3.9.1.1	Übernahme der Steuer durch einen Anderen	94
3.9.1.2	Vereinigung von Recht und Verbindlichkeit	95
3.9.1.3	Berücksichtigung von Nachlassverbindlichkeiten	96
3.9.1.4	Beschränkungen bei den Nachlassverbindlichkeiten	100
3.9.1.5	Weitere Regelungen zu den Nachlassverbindlichkeiten.	102
3.9.2	Die Bewertungsvorschriften des § 12 ErbStG	103
3.9.2.1	Allgemeine Bewertungsvorschrift nach § 12 Abs. 1 ErbStG	103
3.9.2.2	Besondere Bewertungsvorschriften nach § 12 ErbStG	103
3.10	Steuerklassen und Freibeträge	104
3.10.1	Persönlicher Freibetrag in Abhängigkeit der Steuerklasse.	105
3.10.2	Besonderer Versorgungsfreibetrag	107
3.11	Steuersätze	109
3.12	Allgemeine sachliche Steuerbefreiungen nach § 13 ErbStG	111
3.13	Begünstigung des Grundvermögens.	114
3.13.1	Verschonungsregelung für zu Wohnzwecken vermietete Grundstücke	115
3.13.2	Steuerbefreiung bei lebzeitiger Übertragung eines Familienheims an Ehepartner oder Lebenspartner	118
3.13.3	Steuerbefreiung von Wohneigentum bei Erwerb von Todes wegen (Ehepartner und Lebenspartner)	119
3.13.4	Steuerbefreiung von Wohneigentum bei Erwerb von Todes wegen (Kinder)	121
3.14	Begünstigung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens, des Betriebsvermögens sowie von Anteilen an Kapitalgesellschaften ab 01.07.2016	123
3.14.1	Das begünstigungsfähige Vermögen	125
3.14.2	Ableitung des begünstigten Vermögens	127
3.14.3	Besonderheiten bei Altersversorgungsverpflichtungen	128
3.14.4	Verwaltungsvermögen	129
3.14.4.1	Definition des Verwaltungsvermögen	129
3.14.4.2	Nettowert des Verwaltungsvermögen	139
3.14.4.3	Umgliederung von Verwaltungsvermögen	140
3.14.5	Mindestregelungen	142
3.14.6	Die Verschonungsregelungen der Höhe nach	143
3.14.6.1	Vorwegabschlag für Familiengesellschaften	143

3.14.6.2	Die Regelverschonung	145
3.14.6.3	Der gleitende Abzugsbetrag	145
3.14.6.4	Die Optionsverschonung	148
3.14.7	Die Behaltevoraussetzungen	149
3.14.7.1	Die Lohnsummenregelung	150
3.14.7.2	Die schädliche Verfügung	152
3.14.7.3	Die Überentnahme	154
3.14.8	Die Nachversteuerung	155
3.14.8.1	Verstoß gegen die Lohnsummenregelung	156
3.14.8.2	Verstoß gegen die Behalteregelung	156
3.14.8.3	Verstoß gegen die Überentnahmeregelung	157
3.14.8.4	Kumulation von Verstößen	157
3.14.9	Verbundvermögensaufstellung	159
3.14.10	Begünstigung der Großerverwerbe	160
3.14.10.1	Das Abschmelzmodell	160
3.14.10.2	Die Verschonungsbedarfsprüfung	161
3.14.11	Regelungen bei Weitergabeverpflichtung	163
3.14.12	Die Tarifbegünstigung nach § 19a ErbStG	163
3.15	Begünstigung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens, des Betriebsvermögens sowie von Anteilen an Kapitalgesellschaften seit 01.01.2009 bis 30.06.2016	165
3.15.1	Die begünstigten Vermögensteile	166
3.15.2	Das Verwaltungsvermögen	167
3.15.3	Die Begünstigungsregelungen	173
3.15.4	Die Behaltevoraussetzungen	174
3.16	Begünstigung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens, des Betriebsvermögens sowie von Anteilen an Kapitalgesellschaften bis 31.12.2008	175
3.16.1	Freibetragsregelung nach § 13a ErbStG a.F.	175
3.16.2	Tarifbegrenzung nach § 19a ErbStG a.F.	177
3.17	Berücksichtigung früherer Erwerbe (§ 14 ErbStG)	178
3.18	Erwerb einer Leibrente oder einer wiederkehrenden Nutzung	182
3.19	Besteuerung bei Nutzungs- und Rentenlast	183
3.20	Mehrfacher Erwerb desselben Vermögens (§ 27 ErbStG)	184
3.21	Steuerschuldner und Anrechnung von Steuerbeträgen	185
3.21.1	Steuerschuldner	186
3.21.2	Anrechnung ausländischer Steuerbeträge	187
3.22	Steuerstundungen	189
3.23	Anzeigeverpflichtungen	190
3.24	Zeitliche Anwendungsvorschriften	192
3.24.1	Anwendung der geänderten Begünstigungsregelungen zum 01.07.2016	192
3.24.2	Zeitliche Anwendungsvorschriften nach der Erbschaftsteuerreform 2008/2009	192
4.	Verhältnis der Erbschaftsteuer zu anderen Steuern	193
Teil B	Bewertung	195
1.	Überleitung aus dem Erbschaftsteuergesetz	195
2.	Allgemeine Bewertungsvorschriften	196
2.1	Geltungsbereich des Bewertungsgesetzes	196
2.2	Bewertungsgegenstand	196
2.2.1	Wirtschaftliche Einheit und Wirtschaftsgut	196
2.2.2	Zusammenfassung mehrerer Wirtschaftsgüter zu einer wirtschaftlichen Einheit	196

2.2.2.1	Grundsätze der Zusammenfassung	196
2.2.2.2	Besonderheiten bei Ehegatten	197
2.2.3	Bewertung der wirtschaftlichen Einheit im Ganzen	197
2.2.4	Wertermittlung bei mehreren Beteiligten.	197
2.2.5	Gesonderte Verfahrensvorschriften	197
2.3	Besondere Vorschriften bei Bedingungen oder Befristungen.	199
2.4	Bewertungsmaßstäbe des allgemeinen Teils des BewG	201
2.4.1	Der gemeine Wert.	202
2.4.1.1	Die Grundlagen zur Ermittlung des gemeinen Werts	202
2.4.1.2	Verfahren zur Ermittlung des gemeinen Werts	203
2.4.2	Der Teilwert	206
2.4.3	Bewertung von Wertpapieren und Anteilen (§ 11 BewG).	206
2.4.4	Börsenkurs	207
2.4.4.1	Bewertung von Anteilen an Kapitalgesellschaften ohne Börsenkurs	208
2.4.4.2	Paketzuschlag	211
2.4.4.3	Bewertung von Anteilen an Investmentvermögen	212
2.4.5	Bewertung von Kapitalforderungen und Schulden (§ 12 BewG)	212
2.4.5.1	Bewertung mit dem Nennwert	212
2.4.5.2	Abweichende Bewertung bei besonderen Umständen	212
2.4.5.3	Uneinbringliche und zweifelhafte Forderungen und Schulden	213
2.4.5.4	Unverzinsliche Forderungen und Schulden	213
2.4.5.5	Hoch oder niedrig verzinsliche Forderungen und Schulden	215
2.4.5.6	Sonderfall der Einlage eines typischen stillen Gesellschafters	216
2.4.5.7	Noch nicht fällige Ansprüche aus Versicherungsverhältnissen	216
2.4.6	Wiederkehrende Nutzungen und Leistungen	217
2.4.6.1	Auf bestimmte Zeit befristete Nutzungen oder Leistungen	218
2.4.6.2	Nutzungen oder Leistungen von unbestimmter Dauer oder immerwährende Nutzungen oder Leistungen	218
2.4.6.3	Lebenslängliche Nutzungen und Leistungen	219
2.4.6.4	Mischfälle.	220
2.4.6.5	Nachweis eines niedrigeren Werts	221
2.4.6.6	Der Jahreswert der Nutzung oder Leistung	221
3.	Die Bewertung land- und forstwirtschaftlichen Vermögens	223
3.1	Feststellung von Grundbesitzwerten bei land- und forstwirtschaftlichen Vermögen nach §§ 140 ff. BewG (bis 31.12.2008)	223
3.2	Feststellung von Grundbesitzwerten bei land- und forstwirtschaftlichen Vermögen nach §§ 158 ff. BewG.	224
3.2.1	Regelungen zur Feststellung von Grundbesitzwerten	225
3.2.2	Begriff des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens	226
3.2.3	Abgrenzung land- und forstwirtschaftlich genutzter Flächen zum Grundvermögen.	227
3.2.4	Allgemeine Regelungen über die Ermittlung der Grundbesitzwerte	227
3.2.5	Bewertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens seit dem 01.01.2009	228
3.2.5.1	Der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft	228
3.2.5.2	Bewertung des Wirtschaftsteils.	229
3.2.6	Ermittlung der Wirtschaftswerte	229
3.2.6.1	Der Mindestwert	231
3.2.6.2	Der Liquidationswert	232
3.2.6.3	Wert der Betriebswohnungen und des Wohnteils	233
3.2.6.4	Der Grundbesitzwert des Betriebs der Land- und Forstwirtschaft.	233

3.2.7	Besondere Bewertungsvorschriften	234
3.2.7.1	Einbeziehung der Tierbestände.	234
3.2.7.2	Umlaufende Betriebsmittel	235
3.2.7.3	Übrige land- und forstwirtschaftliche Nutzungen	235
3.2.8	Ergänzende Hinweise der Finanzverwaltung	236
4.	Die Bewertung des Grundvermögens.	236
4.1	Die Feststellung von Grundbesitzwerten nach §§ 138 ff. BewG (bis 31.12.2008)	238
4.1.1	Feststellung von Grundbesitzwerten unbebauter Grundstücke	238
4.1.1.1	Definition des unbebauten Grundstücks	238
4.1.1.2	Bewertung unbebauter Grundstücke	239
4.1.2	Feststellung von Grundbesitzwerten bebauter Grundstücke.	241
4.1.2.1	Definition des bebauten Grundstücks und Grundsätze der Bewertung.	241
4.1.2.2	Die Regelbewertung von bebauten Grundstücken bei feststellbarer Jahresmiete (bis 31.12.2008)	242
4.1.2.3	Die Regelbewertung von bebauten Grundstücken bei ortsüblicher Miete (bis 31.12.2008)	243
4.1.2.4	Wertminderung wegen Alters des Gebäudes (bis 31.12.2008)	243
4.1.2.5	Zuschlag bei Ein- und Zweifamilienhäusern (bis 31.12.2008).	244
4.1.2.6	Mindestwert (bis 31.12.2008).	245
4.1.2.7	Öffnungsklausel (bis 31.12.2008)	246
4.1.3	Bewertung in Sonderfällen (bis 31.12.2008).	247
4.1.3.1	Bewertung von bebauten Grundstücken, für die sich eine übliche Miete nicht ermitteln lässt (bis 31.12.2008).	247
4.1.3.2	Erbbaurechte (bis 31.12.2008)	248
4.1.3.3	Gebäude auf fremden Grund und Boden (bis 31.12.2008)	251
4.1.3.4	Grundstücke im Zustand der Bebauung (bis 31.12.2008)	251
4.1.3.5	Gebäude und Gebäudeteile für den Zivilschutz (bis 31.12.2008).	252
4.2	Die Feststellung von Grundbesitzwerten nach §§ 176 ff. BewG (seit dem 01.01.2009).	252
4.2.1	Gesonderte Feststellung der Grundbesitzwerte	253
4.2.2	Allgemeine Regelungen über die Wertverhältnisse.	254
4.2.3	Abgrenzung land- und forstwirtschaftlich genutzter Flächen zum Grundvermögen	255
4.2.4	Umfang des Grundvermögens und Bewertung.	255
4.2.5	Definition und Bewertung unbebauter Grundstücke.	256
4.2.5.1	Definition unbebauter Grundstücke	256
4.2.5.2	Bewertung unbebauter Grundstücke	257
4.2.6	Definition und Bewertung bebauter Grundstücke	259
4.2.6.1	Definition bebauter Grundstücke.	259
4.2.6.2	Die Arten bebauter Grundstücke	260
4.2.6.3	Die Bewertung bebauter Grundstücke	261
4.2.6.4	Sachwertverfahren.	273
4.2.6.5	Besondere Bewertungsverfahren beim Grundvermögen.	282
4.2.7	Nachweis eines niedrigeren gemeinen Werts nach § 198 BewG.	291
5.	Die Bewertung des Betriebsvermögens und von Anteilen an Kapitalgesellschaften (seit 2009)	292
5.1	Überblick über die Bewertungsvorschriften beim Betriebsvermögen und Anteilen an Kapitalgesellschaften	293
5.2	Regelungen zur Feststellung der Werte des Betriebsvermögens.	295
5.3	Definition des Betriebsvermögens.	297
5.4	Allgemeine Regelungen über die Wertverhältnisse und Bewertungsverfahren	298

5.5	Allgemeine Bewertung des Betriebsvermögens und von Anteilen an Kapitalgesellschaften . . .	299
5.5.1	Ableitung aus Verkäufen.	299
5.5.2	Feststellung des gemeinen Werts nach allgemeinen Bewertungsverfahren	300
5.5.3	Das vereinfachte Ertragswertverfahren	301
5.5.3.1	Ausgangsbasis: Der nachhaltig erzielbare Jahresertrag.	304
5.5.3.2	Das Betriebsergebnis	305
5.5.3.3	Der Kapitalisierungsfaktor.	308
5.5.3.4	Separat zu bewertende Vermögenspositionen	311
5.5.4	Der Mindestwert	313
5.5.5	Besonderheiten bei Betriebsgrundstücken.	315
5.6	Aufteilung des Werts an Personengesellschaften und an Kapitalgesellschaften	315
6.	Bewertung des Betriebsvermögens bis 31.12.2008	316
6.1	Bewertungsverfahren (bis 31.12.2008)	317
6.2	Sonderfall Betriebsgrundstücke (bis 31.12.2008).	318
6.3	Bewertung des Betriebsvermögens (bis 31.12.2008).	319
6.3.1	Allgemeine Bewertung nach § 109 Abs. 1 BewG a.F.	319
6.3.2	Bewertung bei nicht bilanzierenden Unternehmern (bis 31.12.2008).	320
6.3.3	Bewertung von Betriebsgrundstücken und Anteilen an Personengesellschaften (bis 31.12.2008).	320
6.3.4	Bewertung von Wertpapieren und Anteilen an Kapitalgesellschaften (bis 31.12.2008).	320
6.3.5	Abzug von Betriebsschulden (bis 31.12.2008).	321
6.3.6	Aufteilung des Werts von Anteilen an einer Personengesellschaft (bis 31.12.2008). . .	322
6.3.7	Das Stuttgarter Verfahren zur Bewertung nicht notierter Anteile an Kapitalgesellschaften (bis 31.12.2008)	322
6.3.7.1	Überblick	322
6.3.7.2	Der Vermögenswert	323
6.3.7.3	Der Ertragshundertsatz.	323
6.3.7.4	Der gemeine Wert in Normalfällen.	324
6.3.7.5	Der gemeine Wert in Spezialfällen	325
6.4	Vergleich der neuen und der alten Bewertungsvorschriften	325
7.	Bewertung für Zwecke der Grundsteuer ab 2025.	327
7.1	Die bisherigen Regelungen	327
7.2	Die Entscheidung des BVerfG	327
7.3	Die Umsetzung durch den Gesetzgeber.	328
7.4	Die neuen Bewertungsvorschriften zur Bewertung des Grundbesitzes für die Grundsteuer . .	328
Teil C Klausurbearbeitung		330
1.	Allgemeines zur Erbschaftsteuerklausur	330
2.	Der richtige Einstieg in die Klausur.	330
3.	Die inhaltlichen Lösungen.	332
3.1	Der Einführungsteil	332
3.2	Der Hauptteil	333
3.3	Der Schlussteil	335
3.4	Die Sonderfälle	336
4.	Übungsklausuren	336
Weitere Bücher des HDS-Verlags		337
Stichwortverzeichnis		343